



Die Bürgerschaft in Esslingen 50 Jahre lebendige Bürgerdemokratie

**Dokumentation der Festveranstaltung
50 Jahre Bürgerschaft**

Einführung	3
Grußwort Oberbürgermeister Jürgen Zieger	5
Festvortrag Prof. Dr. Hans-Georg Wehling	7
Bürgerschaftsvorsitzende 1948 - 2002	16



Programm der Festveranstaltung 19. März 1999, Stadthalle Esslingen

Kleiner Chor St. Bernhardt
singt im Stile der Comedian Harmonists

Einführung
Friedemann Gschwind
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Bürgerausschüsse in Esslingen

Squaredance-Gruppe Sirnau

Grußwort
Dr. Jürgen Zieger
Oberbürgermeister der
Stadt Esslingen am Neckar

SongVolk, Zollberg
mit dem Zollberglied

Festvortrag
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling
Universität Tübingen
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Singebrotation Wäldenbronn mit Rektor i.R. Sonntag
„Wäldenbronner Lebensqualität“

Step-Aerobic TV Hegensberg

Landfrauen-Song der Landfrauen RSKN
Rüdem, Sulzgries, Krummenacker, Neckarhalde

Full Deck, Pliensauvorstadt
mit einer Hip-Hop-Vorführung

Mettinger Bürger:
Vorstellung der verschiedenen Berufe und
Traditionen in- und ausländischer Mitbürger

Oberesslinger Chor (Liederkranz und Frohsinn)
mit Volksliedern

Gemeinsames Finale: Esslinger Lied

Moderation: Thomas Schrecklein
Klavierbegleitung: Harald Lierhammer,
Georgii-Gymnasium

Ausklang und Stehempfang im Foyer

Überraschungsgäste:
Tanzkinder der Karnevalsfreunde Esslingen e.V.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit 1948 gestalten die Bürgerausschüsse das kommunale Leben in Esslingen am Neckar mit. Gewählt, rein ehrenamtlich tätig, parteipolitisch und konfessionell neutral, bilden sie eine Besonderheit der kommunalpolitischen Kultur in Deutschland. Sie entstanden aus dem demokratischen Aufbruch nach dem Krieg.

Zum 50-jährigen Bestehen der Bürgerausschüsse lud die Stadt Esslingen am 19. März 1999 zu einer öffentlichen Festveranstaltung ein. Das Jubiläum war Anlass, aus verschiedenen Blickwinkeln über deren Beitrag in einer Gesellschaft bürgerlicher Verantwortung zu reflektieren sowie Aufgaben und Ziele für die Zukunft zu benennen.

Ein unterhaltsames Rahmenprogramm mit vielen Mitwirkenden brachte die Lebendigkeit der Esslinger Stadtteile zum Ausdruck. Die Beiträge zur Festveranstaltung sind im ersten Teil dieser Veröffentlichung dokumentiert.

Im zweiten Teil stellen die zehn Bürgerausschüsse in Esslingen ihre Stadtteile in Kurzportraits vor. Sie

zeigen die Bandbreite kommunalpolitischer Themen und Aktivitäten, die von den insgesamt rund 170 aktiven Mitgliedern der Bürgerausschüsse bearbeitet werden.

Die Bürgerausschüsse bündeln in den Stadtteilen lokale Bedürfnisse, vermitteln Ideen und Interessen. Sie sind eng verbunden mit den sozialen, kulturellen, sportlichen Netzwerken und Initiativen, ohne die ein demokratisches Gemeinwesen nicht existieren kann.

Im Anhang finden sich die Statuten sowie die Grundsatzvereinbarung mit Gemeinderat und Verwaltung. Diese Regelungen bilden die Grundlage für die Tätigkeit der Bürgerausschüsse. Eine Liste mit Ansprechpartnern bei den Bürgerausschüssen und der Stadt Esslingen vervollständigt diese Veröffentlichung.

Damit ist die Broschüre die erste umfassende Darstellung der Geschichte, der gesellschaftlichen Funktion und der Tagesarbeit der Bürgerausschüsse.



Dr. Jürgen Zieger
Oberbürgermeister der Stadt Esslingen a.N.



Friedemann Gschwind
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Bürgerausschüsse in Esslingen a.N.

Impressum

Herausgeber: Stadt Esslingen a.N.
Redaktion: Friedemann Gschwind
Gestaltung und Satz:
Thomas Feldmann-Hauptstein
Fotos: Bürgerausschüsse; Merz, Zollberg;
Thomas Feldmann-Hauptstein;

Einführung

Friedemann Gschwind
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
der Bürgerausschüsse

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Wehling, liebe aktive Mitglieder der Bürgerausschüsse, liebe Ehemalige, sehr geehrte Festgäste, ich begrüße die anwesenden Abgeordneten, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die Dezernenten und Vertreter städtischer Ämter sowie die Persönlichkeiten aus vielen gesellschaftlichen Institutionen.

Ich begrüße ebenso herzlich alle Bürgerinnen und Bürger aus Esslingen, die hierher gekommen sind und uns durch diesen Abend der Bürgerausschüsse begleiten.

50 Jahre Bürgerausschüsse in Esslingen, das ist natürlich Anlass, um über uns nachzudenken, über unsere Arbeit und unsere Rolle in dieser Stadt. Ich freue mich, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Zieger aus seiner Sicht hierzu Stellung nehmen wird. Dabei möchte ich mich bei der Stadt Esslingen bedanken, dass sie uns diesen Rahmen ermöglicht hat.

Es lohnt sich durchaus, den Weg der Bürgerausschüsse aus dem demokratischen Aufbruch nach dem Krieg zu beleuchten. Nur in Esslingen blieben sie in ihrer ursprünglichen und basisdemokratischen Form erhalten. Auf Bürgerversammlungen gewählt, rein ehrenamtlich tätig, parteipolitisch und konfessionell neutral, bilden sie heute eine Besonderheit der kommunalpolitischen Kultur in Baden-Württemberg, vielleicht in ganz Deutschland.

Gerade weil wir uns überwiegend mit sehr alltäglichen Fragen in unseren Stadtteilen beschäftigen, sollten wir unsere Wurzeln nicht vergessen. Ich bedanke mich deshalb bei Herr Prof. Hans-Georg Wehling, für seine Bereitschaft, hierüber zu uns zu sprechen.

Aus Ihrer Kenntnis der politischen Entwicklungen, sei es durch Ihre Arbeit für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg oder als Kommunalwissenschaftler an der Universität Tübingen, sind Sie in besonderem Maße berufen, von außen die Bürgerausschüsse einzuordnen und zu bewerten.

Natürlich haben wir uns seit geraumer Zeit intensiv überlegt, wie wir diesen Abend dem Anlass angemessen gestalten können. Es war von vornherein klar, dass wir unsere Botschaft an die Stadt und ihre Bürger nicht allein mit Worten vermitteln wollen.

Die Bürgerausschüsse stehen für die Stadtteile in Esslingen. Aus dieser elementaren Tatsache entstand ein unterhaltsames Rahmenprogramm. Sie erleben heute Abend wahrscheinlich ein einmaliges Potpourri. Es bietet nicht nur einen Streifzug durch die Stadtteile, sondern auch durch alle möglichen Kunstformen. Die Programmbeiträge wurden über die jeweiligen Bürgerausschüsse initiiert. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Mitwirkenden bedanken. Insgesamt sind es fast 200, die hier auftreten und einen Gruß aus ihren Stadtteilen an Sie richten.



An diesen Darbietungen lässt sich leicht ermessen, wie vielfältig und wie lebendig die kulturelle Szene in unseren Stadtteilen ist, in den kleinen ebenso wie in den größeren. Sie sind aber auch ein Beweis, dass die Bürgerausschüsse in die gesellschaftlichen Netzwerke ihres jeweiligen Bereichs eingebunden sind.

Natürlich ist es nicht Hauptaufgabe der Bürgerausschüsse, Jubiläumsfeiern zu organisieren und es soll auch nicht zur Hauptaufgabe werden. Deshalb haben Sie sicher Verständnis, dass wir diesen Abend ohne großen technischen Aufwand über die Bühne bringen müssen. Auch hatten wir keine Möglichkeiten zur Probe. Um so dankbarer bin ich, dass Thomas Schrecklein als Moderator durch das Programm führt.

Die Stadt braucht Stadtteile, die von den Bürgern als Ort zum Leben verstanden und akzeptiert werden. Die Bürgerausschüsse bündeln lokale Bedürfnisse und vermitteln Ideen und Interessen.



Regen Zuspruch fand die Ausstellung der Bürgerausschüsse im Foyer der Stadthalle Esslingen.

Zwischen der Stadt als Ganzem und dem Bürger als Einzelnem wollen sie ein Bindeglied in ihrem unmittelbaren Lebensbereich bilden.

Dies ist ihre Aufgabe, seit 1948 in Esslingen die ersten Bürgerausschüsse entstanden und in der Folgezeit in allen 10 Stadtteilen des damaligen Gemeindegebiets. Niemand hat all die Bürgerinnen und Bürger gezählt, die in diesen 50 Jahren für die Bürgerausschüsse aktiv waren, sei es für eine Sitzungsperiode oder auch für mehrere. Dies ist heute eine Feier ihnen allen zu Ehren und ich hoffe, dass sie auch viele Ehemalige bei guter Gesundheit vereint.

Vielleicht haben nicht alle, die es verdient hätten, auch eine persönliche Einladung bekommen. In diesem Fall bitte ich um Nachsicht. Wir haben uns mit der Stadt nach Kräften bemüht, aber in unserer ehrenamtlichen Struktur gibt es keinen Apparat, der uns auf Knopfdruck zur Verfügung steht.

Wenn die Bürgerausschüsse in Esslingen diese 50 Jahre überdauert haben, wenn es immer wieder gelungen ist, neue Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Mitarbeit zu

gewinnen, so ist das ein Verdienst vieler. Lassen Sie mich jedoch stellvertretend für alle hier zwei Namen nennen.

Zum ersten Hans Hummel, langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerausschüsse. Fast hätte ich ihn als „Gründervater“ bezeichnet, so sehr ist sein Name mit den ersten Jahrzehnten der Bürgerausschüsse verbunden. Gemeinsam mit dem Stadtarchiv gibt es die Absicht, hinterlassene Dokumente zu einer Geschichte der Bürgerausschüsse zusammenzufügen. Der zweite Name ist der meines Vorgängers in diesem Amt, Prof. Alfred Storr.

Beide, Hans Hummel und Alfred Storr, stehen für diesen schwierigen Balanceakt, der für unsere Arbeit so charakteristisch ist. Denn es gilt einerseits, die Unabhängigkeit der Bürgerausschüsse gegenüber Stadt und Verwaltung zu wahren, und andererseits, jenseits aller Absicherungen in der Gemeindeordnung, die Zusammenarbeit effektiv und kooperativ zu gestalten.

Dies wäre nicht möglich ohne den guten Willen bei Gemeinderat und Oberbürgermeister. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass am Beginn der Amtszeit von Oberbürgermeister Ulrich Bauer Richtlinien für die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat formuliert werden konnten, die auch heute noch eine durchaus belastbare Grundlage für unsere Arbeit darstellen. Sein Nachfolger, Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger, hat von Anfang an die Bürgerausschüsse als Teil der kommunalpolitischen Willensbil-

dung hervorgehoben. Natürlich müssen sich die Bürgerausschüsse in einer sich wandelnden Welt bewähren. Natürlich wird man sich immer wieder fragen müssen, ob Formen und Bedingungen unserer Arbeit zeitgemäß sind. Die Arbeitsgemeinschaft wird sich diesen Themen stellen, letztlich muss aber auch jeder Bürgerausschuss seinen eigenen Weg finden, der dem Stadtteil angemessen ist.

Die Bürgerausschüsse sind an die Nervenstränge und Blutbahnen ihrer Stadtteile angeschlossen. Ihre Mitgliedschaft hat sich immer wieder verjüngt und die persönlichen Verbindungen in die Elternschaft von Schulen, in Vereine, in die Kirchen, in die verschiedenen Berufsgruppen, in die Nachbarschaften werden immer wieder neu geknüpft.

Auch die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Bürgerausschüsse kein neues Thema. Von je her und lange vor allen EU-Gesetzen ermöglichten unsere Statuten das aktive und passive Wahlrecht für alle Einwohner im Stadtteil. Der Pass spielt keine Rolle.

Die Bürgerausschüsse können mit Selbstbewusstsein in die Zukunft schauen. Möglicherweise wirkt bei ihnen auch noch etwas reichstädtisches Erbe nach. Bekanntlich nennt man das markanteste Bauwerk in Esslingen „Burg“, obwohl dort nie ein Fürst residierte. Vielleicht gibt es in Esslingen doch eine lange und unausrottbare Tradition, die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Ich wünsche der Stadt Esslingen und ihren Bürgerausschüssen eine gute Zukunft.

Älter als das Grundgesetz ...

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Wehling, sehr geehrter Herr Gschwind, sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der Esslinger Bürgerschaft, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn wir heute das 50-jährige Jubiläum der Esslinger Bürgerschaft feiern, so geschieht dies unter besonderen Vorzeichen: Mit 50 Lenzen sind die Bürgerschaften älter als das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das im Mai 1949 verabschiedet wurde; sie sind auch älter als die baden-württembergische Landesverfassung und die Gemeindeordnung, die im November 1953 bzw. im Juli 1955 in Kraft traten.

Als Foren bürgerschaftlicher Meinungsbildung sind die Esslinger Bürgerschaften darüber hinaus landesweit einzigartig. Sie gehen auf den Verein „Bürger im Staat“ in Württemberg zurück, der versuchte, in den Jahren nach 1945 die Demokratie auf örtlicher Ebene durch Möglichkeiten bürgerschaftlicher Beteiligung unterhalb der Gemeinderatsebene zu stärken. „Die in mehreren Städten dazu eingerichteten Bürgerschaften lösten sich jedoch entweder wieder auf oder sie verfestigten sich zu Bezirksbeiräten nach der Gemeindeordnung. Lediglich in Esslingen am Neckar blieb die ursprüngliche Form der Bürgerschaften - wahrscheinlich wegen des starken persönlichen Engagements des Esslingers Hans Hummel - bis heute erhalten.“ So schreibt Dr. Horst Glück in dem vom Esslinger Stadtarchiv 1991 herausgegebenen Band 10 der Esslinger Studien.

Die Esslinger Bürgerschaften haben also allen Grund, ihren 50. Geburtstag gebührend zu feiern,

auch wenn das Fest mit etwas Verzögerung stattfindet. Die ersten Esslinger Bürgerschaften konstituierten sich bekanntlich im Jahre 1948. Die deshalb im Oktober 1998 geplante Jubiläumsfeier wurde wegen der Querelen um die OB-Wahl jedoch ins Jahr 1999 verschoben. Gerade dies ermöglicht es mir allerdings, heute als Esslinger Oberbürgermeister hier zu stehen und den Bürgerschaften - zugleich namens des Gemeinderates und der Verwaltung der Stadt Esslingen am Neckar - zum runden Geburtstag sehr herzlich zu gratulieren.

Beim Ausbau der Bürgerdemokratie sind für mich die Bürgerschaften mit ihren gewählten ehrenamtlichen Mitgliedern die wichtigsten Partner in den Stadtteilen. Sie erfüllen eine bedeutende kommunalpolitische Funktion, auch wenn sie selbst kein formelles Organ der kommunalen Selbstverwaltung sind. Die Bürgerschaften - so hat es der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerschaften, Herr Friedemann Gschwind, unlängst ausgedrückt - vertreten die Interessen stadtteilbezogener Probleme und artikulieren im Vorfeld von gemeinderätlichen Entscheidungen Lösungsvorschläge; etwa im Rahmen von Bebauungsplanverfahren, bei denen die Bürgerschaften wie Träger öffentlicher Belange mitwirken und mitgestalten. Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Bürgerschaften mit Gemeinderat und Stadtverwaltung, die am 10. Dezember 1990 formal abgeschlossen wurde, sieht darüber hinaus eine Anhörungspflicht der Bürgerschaften in allen Angelegenheiten vor, die für ihre Bereiche von besonderer Bedeutung sind. Ansonsten gilt eine Informationspflicht.



Grußwort

Oberbürgermeister
Dr. Jürgen Zieger

Freie und unabhängige Bürgerschaften sind ein unverzichtbarer Baustein unseres bürgerlichen Gemeinwesens. Von unseren Bürgerschaften gehen vielfältigste Aktivitäten und Initiativen aus, die aus dem Leben in den Stadtteilen nicht wegzudenken sind. Ihr Wirken ist aber auch für die Arbeit des Gemeinderates und des Oberbürgermeisters unerlässlich. Regelmäßiger als dies Bürgerversammlungen, Aktionen gemeinderätlicher Fraktionen oder die von mir eingeführten Bürgersprechstunden in den Stadtteilen ermöglichen können, sind die Bürgerschaften als Ansprechpartner immer vor Ort; sie nehmen Stimmungen und Meinungen der Bürger auf, lassen sie in ihre Überlegungen einfließen oder tragen sie an die maßgeblichen Stellen weiter. Diese Art von Politikorganisation möchte ich ausdrücklich fördern.

Wer dem Anspruch „Suchet der Stadt Bestes“ gerecht werden will, muss dankbar sein für das Beispiel, das die 10 Bürgerschaften unserer Stadt (mit ihren aktuell 161 Mitgliedern) an vorgelebter Bürgerdemokratie geben. Ehrenamtlich wohlgemerkt!



Der Oberbürgermeister kam in Begleitung von Überraschungsgästen: die Tanzkinder der Karnevalsfreunde.

Die Bereitschaft zur Selbstverantwortung ist die Grundlage sozialer Integration und lebendiger Solidarität, ohne die soziale Marktwirtschaft und liberale Demokratie nicht zukunftsfähig sind.

Ziel der Politik muss es deswegen in den nächsten Jahren sein, die Bürgerinnen und Bürger wieder verstärkt für die politischen Entscheidungsprozesse zu interessieren. Die Bürgerschaft muss die Möglichkeit erhalten, noch aktiver in Planungs- und Entscheidungsvorbereitungen mit einbezogen zu werden. Ein Modell dieser Bewegung von Politik und Bürgerschaft aufeinander zu nennt man Kommunitarismus. Ich möchte dieses Thema im Laufe des Jahres in der Stadt vertiefen, weil ich mir davon nachhaltig Politikinteresse erhoffe.

Dies gilt mehr denn je in einer Zeit, in der sich der Staat und auch die Stadt zu einem kundenorientierten, effizienten Dienstleistungsunternehmen entwickeln. Im Mittelpunkt aller Reformen stehen dabei der Mensch und seine Wünsche und Bedürfnisse.

Alt-Bundespräsident Theodor Heuss, dem aus seiner schwäbischen Heimat Leistungsethos und bürgerlicher Gemeinsinn besonders vertraut waren, hat kurz und treffend gesagt: „Die Demokratie lebt vom Ehrenamt.“ Besonders gilt das in einer Zeit, in der sich der Staat neben der Kundenorientierung und

dem Service als Dienstleister vor allem auch auf Effizienz konzentrieren muss. Um so mehr brauchen wir in unserem Land Achtung vor dem Ehrenamt, ohne das - so hat es Bundespräsident Roman Herzog kürzlich formuliert - unsere Gesellschaft nicht nur ärmer und kälter, sondern auch weniger funktionsfähig wäre.

Meines Erachtens bedarf es auch einer Neubewertung bezahlter Erwerbsarbeit auf der einen Seite und unbezahlter Gemeinwohlarbeit auf der anderen.

Seit längerer Zeit vollzieht sich ein Wandel in der Gesellschaft, der mit egoistischem Individualisierungsstreben der Online-Generation nur unzureichend umschrieben ist. Persönliche Freiheit und Selbstverwirklichung haben einen hohen Stellenwert. Doch sinnvolle Tätigkeit wird heute nicht mehr allein mit Erwerbstätigkeit gleichgesetzt. Eine anerkannte Aufgabe motiviert Menschen, ihre Zeit und ihre Talente in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Der Trend, sich nicht mehr auf Dauer an feste Strukturen in klassischen Organisationen zu binden, sondern Lücken für spontanes und zeitlich begrenztes Engagement in überschaubaren Initiativen oder Projekten zu suchen, kann als Anreiz für solidarisches Engagement genutzt werden.

Warum sollte es beispielsweise nicht möglich sein, dass etwa „Sozialzeit“ neben Arbeitszeit und Freizeit eine akzeptierte dritte Größe ist? „Ehrenamt statt Überstunden“ wäre vielleicht ein Motto, um Ungleichgewichte ins Lot zu bringen. Natürlich darf ehrenamtliche Tätigkeit nicht missbraucht werden, um soziale Schräglagen auszugleichen, indem der Staat Leistungen, die er nicht bezahlen will

oder kann, zum Nulltarif von diesem unsichtbaren Arbeitsmarkt erbringen lässt. Insbesondere wehre ich mich dagegen, dass Frauen im Bereich der Kinderbetreuung, der Altenpflege und nicht nur dort, als unentgeltliche Reservearmee eingesetzt werden. Diese Leistungen müssen von unserer Gesellschaft und dem Staat honoriert werden.

Der politische Spielraum, ehrenamtliche Aktivität aufzuwerten, ist naturgemäß eng. Denn die Prinzipien Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit müssen bestehen bleiben. Allenfalls kann der Staat dafür sorgen, dass es keine Benachteiligungen, etwa im Steuerrecht, gibt. Ansonsten sind öffentlich geförderte Beratungs- und Kontaktstellen, Freiwilligenzentren, Bürger- und Seniorenbüros, richtige Ansätze; genauso wie das Juwel unserer Bürgerschaft hier in Esslingen am Neckar als Inbegriff des Bestrebens, Bürgerdemokratie auszuweiten, Bürgernähe zu praktizieren und dem Bürger ein breites Spektrum an Möglichkeiten zu eröffnen, sich und seine Fähigkeiten individuell einbringen zu können.

Ich danke den Esslinger Bürgerschaften für 50 Jahre aktives Mitgestalten unserer Stadt. Gleichzeitig biete ich ihnen für den Gemeinderat und die Stadtverwaltung auch zukünftig ein jederzeit konstruktives und faires Miteinander zum Wohle Esslingens an. Gemeinsam sind wir stark - gemeinsam können wir viel bewegen!

In diesem Sinne möchte ich schließen und uns allen einen unterhaltsamen Jubiläumsfestabend 50 Jahre Esslinger Bürgerschaften wünschen.

Ich danke Ihnen!

Das schwierige Geschäft der Demokratie

Festvortrag von Prof. Dr. Hans-Georg Wehling
 Universität Tübingen
 Landeszentrale für Politische Bildung
 Baden-Württemberg



Demokratie ist ein schwieriges Geschäft. Die Schwierigkeiten im politischen Transformationsprozess in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, insbesondere in Russland, führen es uns gegenwärtig in aller Deutlichkeit vor Augen:

Eine Demokratie lebt nicht allein von einer guten Verfassung und wohl konstruierten Institutionen, so wichtig beides zweifellos ist. Eine Demokratie muss getragen sein von ihren Bürgerinnen und Bürgern. D. h.: Das Wertesystem muss - bei allen Unterschieden zwischen den verschiedenen Gruppen einer pluralistischen Gesellschaft - insgesamt der Demokratie adäquat sein. Dazu gehört ein Grundkonsens über die Beachtung der vorgegebenen Spielregeln für den demokratischen Entscheidungsprozess, über den Verzicht auf das Recht des Stärkeren, auf das „Faustrecht“, über die Achtung vor der Persönlichkeit des anderen, Fairness im Umgang miteinander, die Fähigkeit, sich in die Interessenslage des Anderen hineinzusetzen, die Fähigkeit zum Kompromiss.

All das sind Eigenschaften, von denen man nicht ausgehen kann, dass sie angeboren seien. Sie sind

Produkt der Erziehung, kulturell vermittelt. Von daher kommt den Erziehungseinrichtungen, Sozialisationsagenturen (wie die Fachleute sagen), eine zentrale Bedeutung zu: ihrer Vielfalt und Reichweite, ihrer Konstruktion, ihrer inhaltlichen Ausrichtung nach. Zu diesen Sozialisationsagenturen gehören nicht nur die für den Zweck der Erziehung eigens eingerichteten Institutionen wie Kindergarten, Schule und auch Hochschule. Von überragender Bedeutung ist das Elternhaus, dessen eventuell fehlausgerichtete Erziehungsleistung - aus dem Blickwinkel einer Erziehung zur Demokratie - nur sehr schwer korrigiert werden kann. Hinzu kommen die Sozialisation im Kreise Gleichaltriger, in Cliques, im Beruf, in der Bundeswehr, durch die Massenmedien und schließlich in einem weit aufgefächerten Vereinswesen. Auch die Betätigung in Institutionen erzieht: Die Regeln des parlamentarischen Umgangs werden nicht zuletzt im Parlament selbst erlernt. Und wer im Gemeinderat sitzt, lernt dort am besten, wie Kommunalpolitik läuft, wie man miteinander umgeht, welche Regeln zu beachten sind, welche Strategien am erfolgversprechendsten sind, wie man mit

den Sachproblemen am geschicktesten umgeht. Das trifft auf andere Institutionen genauso zu. Die Menschen verändern sich in den Institutionen, nachgewiesenermaßen.

Sozialisationsagenturen können durchaus in Konkurrenz zueinander stehen. Dabei setzen sich nicht unbedingt die Einrichtungen durch, die, wie die Schule, ausdrücklich mit einem Erziehungsauftrag versehen sind. Die „heimlichen“ Erzieher sind oft, wenn nicht gar zumeist, sehr viel einflussreicher. Von daher ist es so wichtig, dass zumindest in Bezug auf die angedeuteten demokratischen Grundwerte ein Gleichklang erzielt wird - ein Gleichklang, der in der Weimarer Republik weitgehend gefehlt hat, mit den bekannten Folgen.

Natürlich prägt vor allem die alltägliche Erfahrung, nicht zuletzt die im sozio-ökonomischen Sinne. Wenn zum Beispiel die Eigentumsverteilung als ungerecht, wenn die Lebenschancen des Einzelnen, im Hinblick auf die Entwicklung seiner Fähigkeiten, auf Wohlstandserwerb, auf politische Mitsprache als extrem ungleich erscheinen, dann hat es Demokratie



Begleitung am Flügel:
Harald Lierhammer, Georgii-Gymnasium

schwer. Sie bringt dem Benachteiligten ja nichts. Auch die demokratische Staatsform steht also unter Leistungsdruck: Sie muss dem Einzelnen mindestens genauso viel an Entfaltungsmöglichkeiten, an Wohlstand und persönlicher Sicherheit bieten wie konkurrierende Staatsformen. Solche Anforderungen dürfen demokratische Politiker beileibe nicht vernachlässigen. Es ist die Leistung eines politischen Systems, die es legitimiert, zumindest auch.

Der Aufbau der deutschen Demokratie nach 1945

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches war so durchschlagend auf ganzer Breite, so unübersehbar, dass die Zahl der fortbestehenden Anhänger des Systems 1945 gegen Null tendierte, zur Überraschung der Siegermächte und wohl z. T. auch für die deutschen demokratischen Politiker. Hier lag eine einmalige Chance für den Aufbau von Demokratie in Deutschland. Die Situation war vollkommen anders als nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg.

Aber Demokratie baut sich auf den Trümmern eines bis auf den Boden zerstörten Systems nicht von alleine auf, es bedarf selbstverständlich geschickter und leistungsfähiger Institutionen und einer guten Verfassung. Beides konnte in Deutschland nach dem

verlorenen Zweiten Weltkrieg erfolgreich installiert werden. Hinzu kommen musste ein - langfristig gesehen - erfolgreiches Wirtschaftssystem, mit positiven Wohlstandswirkungen für breite Bevölkerungskreise.

Nicht zu gering eingeschätzt werden darf hier die helfende Hand der westlichen Alliierten, namentlich auch ihrer Kulturoffiziere (in Stuttgart die Information Control Division), auch wenn immer wieder versucht wurde, ihre erfolgreiche Tätigkeit mit dem Wort der „re-education“ zu diffamieren. Die Konstruktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ihr Werk. Die überlebenden demokratischen Politiker aus der Weimarer Zeit konnten sich Rundfunk nur als Staatsrundfunk vorstellen. Die Alliierten setzten demgegenüber eine Rundfunkkonstruktion durch, die sich um möglichst große Staatsferne bemühte, mit einer Kontrolle durch die Gesellschaft, was konkret mit den „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ inhaltlich gefüllt wurde. Die amerikanischen Kulturoffiziere wollten zudem plu-

ralistisch ausgerichtete Zeitungen anstelle von Parteiorganen und nahmen damit eine folgenschwere Weichenstellung vor, die mit der deutschen Tradition brach und bis heute die Presselandschaft bestimmt. Im Interesse der Leser verlangten sie eine strikte Trennung von Meldung und Kommentar, bis dahin in Deutschland unbekannt, heute als Selbstverständlichkeit angesehen und als solche dem journalistischen Nachwuchs gelehrt.

Vor allem widersprachen sie energisch allen Versuchen, aus einer obrigkeitsstaatlichen Tradition heraus den Bürger zu bevormunden. So wollte selbst der von den Amerikanern im August 1945 eingesetzte liberale Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier eine staatliche Zulassung von Filmvorführungen einführen, mit der aufschlussreichen Begründung, die Filmstudios seien weitgehend in Bayern zu Hause, die württembergische Regierung müsse deshalb dafür sorgen, dass auf diese Weise keine katholische Propaganda über die Grenze käme. Be-



Ausdrucksstarker Chorgesang mit der Singebrotation Wäldenbronn

sonders schwer tat man sich im pietistisch angehauchten Altwürttembergischen mit dem Theater. Immer wieder wurde hier Geschmacksbevormundung versucht, selbst von dem SPD-Politiker und ehemaligen Entnazifizierungsminister Gottlob Kamm (1945 - 1950; offizieller Titel: Minister für die politische Befreiung), der als Bürgermeister von Schorndorf das Auftreten des Bad Mergentheimer Bauerntheaters verbieten wollte mit der Begründung:

„Als Bürgermeister bin ich der Bevölkerung gegenüber verantwortlich für eine vernünftige kulturelle Entwicklung des Theaterlebens in meiner Stadt.“

Der Bürgermeister von Schnaitgar wollte in seiner Gemeinde das Theaterspielen überhaupt verbieten: Werktags hätten die Leute zu schaffen und sonntags sollten sie in die Kirch' gehen. Hier wie in so vielen gleich gelagerten Fällen mussten die amerikanischen Offiziere eingreifen und den deutschen Politikern klarmachen: Das ist Sache der Betroffenen selbst, ob sie sich einen bestimmten Film ansehen wollen oder ins Theater gehen und in welches Stück! Die Obrigkeit darf das nicht anstelle der Bürger entscheiden.

Die von Reinhold Maier kolportierte und immer wieder auch zitierte Äußerung des amerikanischen Majors Bingham auf der 3. Landrätetagung in Murrhardt im November 1945:

„Bei euch geht es gerade so demokratisch zu wie bei uns im Staate Connecticut“

erweist sich nicht nur nach den eigenen Aufzeichnungen Reinhold Maiers als falsch, sondern ist eine

nachträgliche Geschichtsklitterung, die die - notwendige und letztlich erfolgreiche - Hilfestellung der Amerikaner schlichtweg ignoriert.

Demokratie braucht einen Unterbau

Demokratie braucht einen Unterbau von Organisationen, die ihr unterstützend zu Hilfe kommen: ein breit gefächertes Geflecht von Parteien, Verbänden und vor allem Vereinen.

Bis zum heutigen Tag sind die Deutschen nur schwer zu bewegen, in Parteien einzutreten. Der prozentuale Anteil der Bevölkerung, der Mitglied einer Partei ist, schwankt nach Bundesländern zwischen 5,9% im Saarland, das damit einsame Spitze ist, bis 1,4% in Sachsen, wobei Baden-Württemberg mit 1,5% auf der ausgesprochen niedrigen Linie der neuen Bundesländer liegt - nach Horst Glück Ausdruck seiner individualistischen, an Persönlichkeiten orientierten, organisationsfeindlichen, allen Ideologien abholden politischen Kultur. Von den eingeschriebenen Parteimitgliedern sind wiederum überall nur rund 10% ständig aktiv. Die anderen lassen sich allenfalls in politisch aufgeregten Zeiten - und dazu gehören beispielsweise Wahlkämpfe - zur Mitarbeit bewegen. Ein Teil kennt über den Mitgliedsbeitrag hinaus keine Beteiligung. Und dann gibt es natürlich noch die ganz gewöhnlichen Karteileichen.

Die Frage der Verbandsmitgliedschaft wird weitgehend instrumentell, unter Nützlichkeitsgesichtspunkten gesehen: seien es Berufsverbände wie Gewerkschaften, Haus- und Grundbesitzerverein oder die Mitgliedschaft in einem



Den Abend moderierte Thomas Schrecklein, hier im Gespräch mit Mettinger Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Teilen Deutschlands und der Welt

Automobilklub.

Die zentrale Rolle von Vereinen

Um so wichtiger ist die Mitgliedschaft in Vereinen. Im Schnitt ist jeder zweite Deutsche Mitglied in mindestens einem Verein, in den alten Bundesländern deutlich häufiger als in den neuen. Vereine sind freiwillige, auf Dauer angelegte Zusammenschlüsse von Individuen zur Erreichung von Zielen, die gemeinsam besser verfolgt werden können. Streng genommen gehören auch Vereine mit politischer (= Parteien) und wirtschaftlicher Zielsetzung (= Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Ärzteverbände) dazu. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) unterscheidet zwischen „Idealvereinen“ und „wirtschaftlichen Vereinen“. Wir konzentrieren uns hier auf den „Idealverein“.

Vereine haben eine wichtige Sozialisationsfunktion: Hier lernt man Fertigkeiten, die das Berufsleben vielfach versagt, wie freies Reden, Argumentieren, Organisieren, Versammlungen leiten, Taktieren, sich Durchsetzen, Kompromisse finden. Genauso wichtig ist selbstverständlich das Vermitteln von Werthaltungen, wobei es darauf ankommt, dass diese demokratiekonform, ja demokratieunterstützend sind - was in der Vergangenheit nicht immer der Fall war.



Die Squaredance-Gruppe tanzte für Sirnau

Das Ansehen, das Vereinsmitgliedschaft und Vereinsfunktion verleihen, lässt sich dann auch politisch umsetzen, beispielsweise in ein kommunales Mandat verwandeln. Die Parteien sind scharf darauf, angesehene Vereinsmitglieder für ihre Listen zu gewinnen. Das gilt vor allem dann, wenn die Wählerinnen und Wähler die Listen durch Stimmenhäufung (Kumulieren) und Listenwechsel (Panaschieren) verändern können (das ist inzwischen - nach baden-württembergischem Vorbild - in zehn der 16 Bundesländer der Fall). Die Parteien treten damit wohl oder übel auf der Ebene der Kommunalpolitik ihre Auswahl- und Orientierungsfunktion an die Vereine ab, wie bereits ihre Sozialisationsfunktion. Das Vereinsmitglied trägt die Muster von Ausgleich und Harmonie in den Gemeinderat und wird dadurch der vorherrschenden Bürgererwartung an die Kommunalpolitik sehr viel besser gerecht.

Die starke Stellung der Vereine ist auch inhaltlich nicht ohne Folgen: „Bedürfnisse, die sich nicht in Vereinsform darstellen, werden nicht sichtbar und gelten als unwichtig“, stellen Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher zutreffend fest. Man schaue auf die Ausstattung

der lokalen Vereine, Freiwillige Feuerwehr inklusive.

Vereine sind historisch eine moderne Erscheinung, ein Kind der Aufklärung, die das Individuum von traditionellen Bindungen und Zwängen freisetzte. Es suchte sich dann neu zu gesellen, auf freiwilliger Basis, im Verein. Kein Wunder, dass der Verein von der Stadt auf das Land kam. Neue Entwicklungen scheinen sich abzuzeichnen, wenn heute der Verein eher als ein ländliches Merkmal erscheint. Denn Städter beginnen, sich lockerer zu binden.

Verein und Emanzipation hängen nicht nur für das Individuum zusammen. Ganze gesellschaftliche Gruppen wurden über das Vereinswesen erfolgreich in die Gesellschaft integriert, so Katholiken und Arbeiter, für die sich im 19. Jahrhundert ein hochdifferenziertes Vereinswesen herausbildete, das alle Bedürfnisse des Lebens umfasste: zum Schutz, zur Förderung, zur Wahrung gemeinsamer Ideale, allerdings auch zur ideologischen Kontrolle. Kein Lebensbereich und kein Interesse, das nicht vom milieueigenen Verein organisiert wurde. Ziel war es dabei, die Konkurrenz der Sozialisationsagenturen auszuschalten (das Beharren katholischerseits auf der Konfessionsschule ist so zu verstehen). - Auch die Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich ganz selbstverständlich in eigenen Vereinen zusammen - um ihre Identität zu wahren und um ihre Interessen in einer neuen Umgebung wirksam durchsetzen zu können. Das lässt sich gerade auch am Beispiel Esslingens aufzeigen. Was man im Verein lernt, ist einer Demokratie durchaus angemessen, ja sogar förderlich. Kein ausgebautes Ver-

einswesen zu haben, stellt für die Staaten, die von autoritär-totalitären Systemen zur Demokratie übergehen wollen, ein Problem dar, wie das im Bereich der Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu sehen ist. Deutlicher noch: Vereine erweisen sich als unverzichtbare Bestandteile einer Zivilgesellschaft, ohne die Demokratie als Staatsform auf Dauer nicht überleben kann.

Die besondere Bedeutung der Bürgerschaft

Die Bürgerschaft, wie sie sich in Esslingen erhalten haben, bilden gewissermaßen eine Brücke zwischen den gezielten Anstrengungen, nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland eine demokratische Gesellschaft von unten aufzubauen, und dem überkommenen Vereinswesen und dessen möglichen Leistungen für die Etablierung einer Zivilgesellschaft. Sie verweisen bereits auf die Zukunft, indem sie eine Art offene Vereinsstruktur anbieten, wo jeder ohne große Eintrittsformalitäten sich beteiligen kann. Der Name erinnert wohl auch nicht zufällig an die ehemals breitere Absicherung von wichtigen Beschlüssen des Gemeinderats, die „Bürgerschaft“ zur Abstimmung vorgelegt werden mussten.

Horst Glück, der die politische Entwicklung Esslingens der letzten hundert Jahre, exemplarisch für den Mittleren Neckarraum und im Zusammenhang einer regionalen wie spezifischen lokalen politischen Kultur, dargestellt hat, hebt zurecht hervor:

„Die Esslinger Bürgerschaft sind eine einzigartige Einrichtung; es gibt heute landauf, land-

ab nichts Vergleichbares mehr.“

Ihre Geschichte ist leider nicht aufgearbeitet, weder für Esslingen, wo sie bis heute bestehen, noch für irgend eine andere Stadt, in der sie auch bestanden haben. Sie sind zu verstehen im Kontext der Niederlage des deutschen Nationalsozialismus im Gefolge des militärischen Zusammenbruchs. Überall im Land hatten sich, als das Ende nationalsozialistischer Herrschaft und der Zusammenbruch der deutschen Verwaltung absehbar waren, Gruppen von Persönlichkeiten zusammengefunden, die über den Tag X hinaus dachten - und auch planten. Aus diesem Kreis wurden dann gerne die neuen Bürgermeister genommen, die die jeweilige Besatzungsmacht einsetzte; die wiederum griffen bei der Rekrutierung der Verwaltungsführung auf die Mitglieder jener informellen Gruppe zurück. Hierbei han-



Das SongVolk stellte das „Zollberg-Lied“ vor

delte es sich vielfach um frühere Politiker, Verwaltungsleute, Wirtschaftler. Nicht zuletzt der besseren Legitimation wegen gaben sie sich als zuvor schon festgefügte Widerstandsgruppen aus, etwa unter dem Namen „Bürgerkomitee“. Ich selbst habe das beispielhaft an der Stadt Reutlingen untersucht.

Stuttgart ist ein Fall für sich: Wegen der Größe der Stadt, mit vielen eingemeindeten Orten an der Peripherie, wegen der Anlaufschwierigkeiten der Verwaltung in

der stark zerstörten Innenstadt, wegen der Existenz auch räumlich-siedlungstopographisch abgegrenzter geschlossener Arbeitermilieus konnten sich hier unmittelbar nach Kriegsende „antifaschistische Komitees“ bilden, unter Führung von Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich einerseits darum kümmerten, dass die drängenden Alltagsprobleme an Ort und Stelle, dezentral, angegangen und bewältigt werden konnten, andererseits - wie der Name bereits erkennen lässt - sich aber auch um politische Säuberung bemühten, indem sie etwa ehemalige Nazis dingfest machten, deren Vermögen und deren Arbeitskraft zum Wiederaufbau heranzogen. Von Anfang an litten diese Komitees sowohl unter der Rivalität von Kommunisten und Sozialdemokraten als auch unter dem Misstrauen von Besatzungsmacht und Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Arnulf Klett. Unter dem Namen „Arbeitsausschüsse“ wurden sie dann stärker in die Kommunalverwaltung eingebunden, auch aus der Stadtkasse bezahlt, bis sie dann förmlich im Februar 1948 in die Bezirksverfassung aufgingen. Dass Stuttgart eine Bezirksverfassung hat, schon vor dem Erlass einer Ge-



Der mit Bürgerinnen und Bürgern gefüllte Saal der Stadthalle zeugte von dem regen Interesse an der Veranstaltung. In der ersten Reihe u.a.: Oberbürgermeister Dr. Zieger, Bürgermeister Goldmann und Bürgermeister Schiebel, Landtagsabgeordneter Drexler und die Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat Koch, Grübel und Berner



Rektor i.R. Sonntag pries die Wäldenbronner Lebensqualität in fröhlichen Reimen

meindeordnung mit einer entsprechenden Regelung, ist das Ergebnis dieser Zähmungspolitik von Basisorganisationen, die ursprünglich stark unter kommunistischem Einfluss standen. Die Bezirksverfassung wurde allerdings auf die äußeren Stadtbezirke beschränkt, erst 1957 wurde die Bezirksverfassung in Stuttgart auch für die inneren Stadtbezirke eingeführt.

Bürgervereine sind so neu nun auch wieder nicht, Vereine dieses oder ähnlichen Namens bildeten sich in mehr oder weniger allen größeren Städten heraus, im Zuge von Eingemeindungen noch einmal kräftig befördert. Die typischen Mitglieder waren Fabrikbesitzer, Vertreter des Handels, die ortsansässigen Akademiker. Allgemeine Zielsetzung ist es durchweg, die örtlichen Interessen - gerade auch von Stadtteilen - zu artikulieren und dementsprechend in die Kommunalpolitik einzugreifen, wobei die letzte Entscheidung beim Rat liegt. Im Einzelnen handelt es sich um wirtschaftliche und kulturelle Ziele, die Förderung des Wohnumfelds spielt eine große Rolle, dazu gehört auch das Eintreten für die Erhaltung wichtiger und ortskennzeichnender Bauwerke. Ich meine, dass auf dem Feld der Altstadterhaltung und liebevollen Sanierung das Verdienst die-

ser Bürgervereine nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Nicht selten besteht ein enger Bezug solcher Bürgervereine zu den Freien Wählern, ohne dass es sich hier um eine Gleichsetzung handelte.

Besonders eindrucksvoll ließen sich Bürgervereine in Köln studieren, wo sie als Stadtteilvereine auf das jeweilige Viertel („Vedel“) bezogen sind, gruppiert um die Pfarrkirche (danach oft auch benannt, wie z. B. Severinsviertel), die zum lokalen Symbol wird; Stadtteilvereine, die gemeinsame Aktivitäten entfalten - nicht nur mit gemeinsamen Karnevalsveranstaltungen und -umzügen („Vedelszög“), sondern auch bei der Integration von Zuzüglern, Gastarbeitern inklusive. Leider haben die Sozialwissenschaftler solcher Art Bürgervereine in Deutschland so gut wie keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Der amerikanischen Besatzungspolitik kamen solcher Art Bürgervereine durchaus gelegen, sahen sie doch darin ein vorzügliches Mittel zum Aufbau einer Demokratie von unten, durchaus auch gemäß ihren heimischen Vorstellungen von Graswurzeldemokratie. Lebendige deutsche Vereinstradition und amerikanische „grass-roots-democracy“ verban-

den sich hier aufs Glücklichste.

Bürgerausschüsse und politische Bildung

Kein Zufall schließlich, dass die politische Bildung in Baden-Württemberg in Form eines Vereins aufgebaut wurde. Nach einem gescheiterten Versuch in Stuttgart, ein Amt für Heimatdienst beim Staatsministerium von Württemberg-Baden unter dem evangelischen Theologen Dr. Ernst Steinbach einzurichten (es bestand vom 1. April 1946 bis zum 31. März 1947, es legte offensichtlich seinen Auftrag allzu weit und selbstherrlich aus und verkehrte direkt mit den amerikanischen Besatzungsbehörden), wurde am 11. Dezember 1950 die Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT vom Ministerrat als Insti-



Eine schwungvolle Einlage mit Step-Aerobic zeigte der TV Hegensberg.

tution der politischen Bildung des Landes eingerichtet, und zwar in der Rechtsform des eingetragenen Vereins. Den Vorsitz übernahm der Kultusminister des Landes Theodor Bäuerle, stellvertretender Vorsitzender wurde der Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Ernst Walz, dem Vorstand gehörte ferner Landtagspräsident Wilhelm Keil an. Repräsentanten aller wichtigen Verbände gehörten zu den Gründungsmitgliedern des Vereins, das Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks scheint hier durch. Als Hauptgeschäftsführer wurde Dr. Fritz Hans Betz angestellt, der im Auftrag eines Kabinettsausschusses den neuen Verein konzipiert hatte. Das Geld für die Arbeit des Vereins kam aus dem Haushalt des Staatsministeriums, der Verein unterlag der Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof, die sachliche Arbeit des Vereins wurde ausdrücklich von der Staatsaufsicht ausgenommen. Seminare und die Herausgabe einer Monatszeitschrift mit dem Titel „Der Bürger im Staat“ sollten im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

Nach der Gründung des Landes Baden-Württemberg 1952 blieben die vergleichbaren Einrichtungen in Freiburg und Heidelberg, die in enger Verbindung mit den dortigen Universitäten und mit den dort existierenden Menschenrechtsgesellschaften gegründet worden waren, sowie in Tübingen, wo ein (staatliches) Amt für Heimatdienst existierte, als Zweigstellen der Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT e.V. bestehen, mit eigenen Beiräten als Vertreter aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, deren Vorsitzende qua Amt in den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft kamen.



Im Song der Landfrauen RSKN wurde der Alltag persifliert

Zu den Aufgaben des neuen Vereins gehörte ausdrücklich die Unterstützung von „Bürgerausschüssen, wie sie nicht nur in Esslingen, sondern überall in der amerikanischen Zone gegründet worden waren“. Im Rückblick schreibt der ehemalige Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT Dr. Fritz Hans Betz dazu:

„Örtliche Bürgergemeinschaften waren aus dem Reeducationsbedürfnis der Amerikaner entstanden. Bürgerinitiativen, wie sie in Amerika üblich sind, sollten auch bei uns Verwirklichung finden. Um diesen sehr verschiedenartigen lokalen Gruppen eine zentrale Aussprache zu ermöglichen, wurde die Landesarbeitsgemeinschaft der Bürgergemeinschaften gegründet. Ihren Vorsitz übernahm ebenfalls Theodor Bäuerle. Die Landesarbeitsgemeinschaft wurde auch von „Bürger im Staat“ finanziert. Praktisch handelte es sich um turnusmäßige Zusammentreffen zum Erfahrungsaustausch. Der Ort der Begegnungen war Bretten. Auf örtlicher Ebene kam es da und dort zu Rivalitäten mit den Parteien in den Gemeinderäten, übrigens auch zu Verwechslungen mit sogenannten überparteilichen Wählergruppen, die sich für die Gemeindewahlen

aufstellen ließen. Später wurden deswegen die Mittel für die Landesarbeitsgemeinschaft der Bürgergemeinschaften vom Parlament nicht mehr bewilligt, womit dieser Arbeit ein Ende gesetzt wurde.“

Betz macht deutlich, dass die finanzielle Unterstützung durch die Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT von erheblicher Bedeutung war, wohl nicht nur für die Landesarbeitsgemeinschaft. Für den Niedergang der Bürgerausschüsse entscheidender als die Einstellung der Finanzhilfe dürfte wohl die Konkurrenz der inzwischen zugelassenen Parteien und die Wahl der Gemeinderäte als kommunale Entscheidungsorgane gewesen sein.

Dass in Esslingen bis auf den heutigen Tag die Bürgerausschüsse erhalten geblieben sind - und das offensichtlich sehr vital -, dürfte vor allem auch das Verdienst eines Mannes gewesen sein, das Verdienst von Hans Hummel, der hier über Jahrzehnte hinweg engagiert war, als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerausschüsse und als Mitglied des Bezirksbeirats der Arbeitsgemeinschaft DER BÜRGER IM STAAT. Angesichts einer traditionell ausgeprägten politischen Po-



Dr. Jürgen Zieger stimmte beim großen Finale in das das „Esslinger Lied“ ein

Esslinger Lied

**Sinnend, auf der Neckarbrücke
stehe ich so manches mal,
und es schweifen meine Blicke
übers schöne Neckartal.**

**Unter mir der Wasserspiegel
eingerahmt durch d'Vorstadt
bunt,
seitwärts sanft gewölbte Hü-
gel
und die Burg im Hintergrund.**

**Neckaraufwärts, Ruderboote
schaukeln in den Wellen leis.
Alt und Jung sich badend tum-
melt
in den Fluten, scharenweis.**

**Über mir das wolkenreine
weitgespannte Himmelszelt
in dem goldnen Abendscheine
liegt vor mir die schönste
Welt.**

**Dann ist mir's, als hört
ich's klingen
aus der Tiefe, von den Höh'n,
und als müsst ich selber sin-
gen:
Esslingen, wie bist du schön!**

**Sinn und Worte
Haaga Cannstatt
In Rythmus gesetzt**

Neue Herausforderungen

Gegenwärtig durchlaufen die Gemeinden eine nicht ganz einfache Phase: zu den konjunkturellen und strukturellen Problemen der heimischen Wirtschaft, die sich in Arbeitslosigkeit, gestiegenen Sozialhilfeausgaben bei gleichzeitig sinkenden Gewerbesteuererträgen bemerkbar machen, kommen für die Gemeinden in den alten Bundesländern Lasten für den Aufbau in den neuen Bundesländern. Viele Investitionsvorhaben in den Gemeinden müssen deshalb „gestreckt“ oder ganz gestrichen werden. Manche Gemeinde kommt nicht darum herum, Infrastruktureinrichtungen zu schließen, weil die Folgekosten nicht aufgebracht werden können. Allerdings sind die Gemeinden in Baden-Württemberg noch vergleichsweise gut dran - einmal abgesehen davon, dass in den Städten und Gemeinden der alten Bundesländer in den letzten Jahrzehnten ein Ausmaß an Infrastruktur geschaffen worden ist, das historisch ohne Beispiel dasteht.

Geldmangel hat durchaus sein Gu-



Die Pliensauvorstadt zeigte Jugendkultur: Hip-Hop mit Full Deck

tes. Er zwingt zum Nachdenken, kann die Kreativität befördern: Man muss sich Einiges einfallen lassen. So ist es kein Zufall, dass jetzt Modelle zur Reform der Kommunalverwaltung erprobt und eingeführt werden, die Etiketten tragen wie: „Konzern Stadt“ und „Dienstleistungsunternehmen Stadt“. Damit wird im ersten Fall die Umorganisation der Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Vorstellungen signalisiert, im zweiten Fall wird zudem noch betont, dass die Kommunalverwaltung kundenorientiert zu arbeiten habe.

Ein anderer Weg zu den zweifellos richtigen Zielsetzungen könnte darin bestehen, das Kostenbewusstsein der Bürger zu erhöhen. Mehr noch: die Bürger an der Aufgabenerledigung zu beteiligen, d.h. zur Selbstverwaltung zurückzufinden. Dafür aber muss der Zusammenhang zwischen den Aufgaben der Gemeinde und den dafür notwendigen Finanzaufwendungen wieder deutlicher werden, sichtbar und spürbar für die leistungserheischenden Bürger selbst. Dafür müsste aber letztlich die Finanzverfassung geändert werden.

Das Interesse und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger an der bzw. für die Kommunalpolitik würde so gestärkt; es geht ja um ihr Geld. Gleichzeitig kann das aber auch zu einer verstärkten Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunale Aufgabenerledigung führen. Ansätze dazu lassen sich z.B. in Neustadt an der Weinstraße beobachten, die für mich ganz gut die Richtung markieren, in die weiter gedacht werden muss. Die hochverschuldete Gemeinde sah sich gezwungen, u.a. Freibäder zu schließen wie das im Ortsteil



Die „Faifegrädler“ aus Mettingen zogen mit ihrem Symbol und Repräsentanten verschiedener Berufe und Traditionen in- und ausländischer Mitbürger in die Stadthalle ein

Mußbach - es sei denn, interessierte Bürger fänden sich bereit, die dortigen Anlagen, Liegewise usf. zu pflegen und das Kassenhäuschen zu besetzen, ohne Entgelt. Das ist geschehen, und das Freibad kann weiterbetrieben werden.

Vor diesem Hintergrund sehe ich die Aufgabe von Bürgerausschüssen nicht als erledigt an, sie gewinnen vielmehr eine neue Bedeutung, ja eine neue Dimension. Dass die Bürger dazu in erheblichem Maße bereit sind, hat nicht zuletzt die „Geislingen-Studie“ des Sozialministeriums von Baden-Württemberg offenbart, eine Studie, die ganz wesentlich betreut worden ist von Konrad Hummel aus dem Sozialministerium, ein Sohn des genannten Hans Hummel - der Kreis schließt sich also wieder zurück nach Esslingen und seinen Bürgerausschüssen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass Esslingen keine Stadt wie jede andere ist, Esslingen ist Reichsstadt: Ehemalige Reichsstädte zeichnen sich dadurch aus, dass bei ihnen das bürgerschaftliche Engagement größer ist, Beteiligungsbereitschaft wie tatsächliche Beteiligung höher liegen als in anderen Gemeinden - und das bis zum heutigen Tage. Das ist ein Pfund der reichsstädtischen Tra-

dition, mit dem sich wuchern lässt. Von daher ist es wohl kaum ein Zufall, dass sich die Bürgerausschüsse gerade in der ehemals Freien Reichsstadt Esslingen über die Jahrzehnte hinweg gehalten haben. In ihnen verkörpert sich der reichsstädtische Geist, den ich der Stadt auch für die Zukunft erhalten wisse möchte.



Der Oberesslinger Chor (Liederkranz und Frohsinn) bot Proben aus seinem Repertoire an Volksliedern

Bürgerausschuss-Vorsitzende 1948 - 2002

Innenstadt

Gründungsjahr 1952

1952 - 1963 Dr. Erich Hänsler
1963 - 1980 Albert Ruf
1980 - 1986 Hans Brandt
1986 - 1994 Jörg Falch
1994 - 1995 Wolfgang Klein
1995 - 1999 Leif Holderegger
1999 Jörg Schall

Rüdern - Sulzgries-Krummenacker - Neckarhalde

Gründungsjahr 1948

1948 - 1949 Erwin Nesper
1949 - 1950 Otto Rümelin
1950 - 1972 Paul Kenner
1972 - 1996 Rolf Huber
1996 - 2000 Werner Schuler
2000 Ursula Merkel

Wäldenbronn - Hohenkreuz - Serach - Obertal

Gründungsjahr 1950

1950 - 1958 Julius Fuchslocher
1958 - 1982 Walter Eberspächer
1982 - 1992 Otto Kappel
1992 - 1996 Martin Rayer
1996 - 1997 Gustav Bayer
1997 Gunther Claus

St. Bernhardt - Kennenburg - Wiflingshausen

Eigenständig seit 1970

1970 - 1980 Eduard Jahn
1980 - 1989 Eckart Narr
1989 - 1994 Joachim Triebisch
1994 - 1997 Dieter Eberspächer
1997 Reinhard Köble

Hegensberg - Liebersbronn - Kimmichweiler - Oberhof

Gründungsjahr 1948

1948 - 1951 Willi Greiner
1951 - 1953 Albert Spieth
1953 - 1960 Emil Auer
1960 - 1963 Hermann Witzig
1963 - 1982 Dr. Ewald Leutner
1982 - 2002 Prof. Dr. Alfred Storr
2002 Thomas Mühleisen

Oberesslingen

Gründungsjahr 1952

1952 - 1953 Eugen Leibfried
1953 - 1956 Dr. Siegfried Deuschle
1956 - 1961 Dr. Günther Schott
1961 - 1962 Albert Kimmich
1962 - 1972 Friedrich Lamm
1972 - 1982 Horst Helmich
1982 - 1992 Eberhard Krumm
1992 - 1994 Tilman Schöllkopf
1994 Gisela Arnold-Schäfer

Sirnau

Gründungsjahr 1953

1953 - 1955 Karl Schwarz
1955 - 1975 Hans Bruy
1975 - 1988 Adolf Henke
1988 Walter Bräuninger

Pliensauvorstadt

Gründungsjahr 1950

1950 - 1958 Emil Beutel
1958 - 1970 Erich Stiefelmayer
1970 - 1974 Martin Schwesig
1974 - 1985 Hans-Jörg Reim
1985 Friedemann Gschwind

Zollberg

Gründungsjahr 1959

1959 - 1966 Eduard Roser
1966 - 1978 Dr. Alfred Lang
1978 - 1987 Gregor Berg
1987 - 1992 Hans-Ulrich Steinhilber
1992 - 1995 Roland Messner
1995 - 1995 Hans Peter Batzler
1995 - 1996 Wolfgang Briese
und Rüdiger Brotzer
1996 Rüdiger Brotzer

Mettingen - Weil - Brühl

Gründungsjahr 1950

1950 - 1957 Adolf Keppler
1957 - 1958 Erich Schittenhelm
1958 - 1963 Adolf Neef
1963 - 1969 Paul Heinrich
1969 - 1977 Werner Göhring
1977 - 1998 Alfred Dinkel
1998 Dr. Volker Slatosch

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerausschüsse in Esslingen

Gründungsjahr 1952

1952 - 1991 Hans Hummel
1991 - 1997 Prof. Dr. Alfred Storr
1997 Friedemann Gschwind